Nordkirchen, 18.02.2026

Frau **Bürgermeisterin**
Stefanie Holz
Bohlenstraße 2
59394 Nordkirchen

Antrag auf

Beschlussvorschlag		
Beratungsfolge	Haupt- und Finanzausschuss 03.02.2026 Rat der Gemeinde Nordkirchen 05.02.2026	**Beratung** **Beschluss**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Holz,

Das Bundesinnenministerium unter Minister Dobrindt hat angekündigt, aufgrund von Haushaltsengpässen freiwillige Sprach- und Integrationskurse für das Jahr 2026 nicht mehr zu finanzieren. Dieser Zulassungsstopp bedeutet de facto einen Stillstand für die Integrationsarbeit vor Ort. Die Pläne des Bundesinnenministeriums stoßen auf massiven Widerstand bei Experten und Verbänden. Die Kritik ist eindeutig:

• Wohlfahrtsverbände und Kommunalräte warnen vor einem „integrationstheoretischen Totalschaden“. Ohne Sprache gibt es keinen Zugang zum Arbeitsmarkt.

• Deutscher Volkshochschul-Verband (DVV): Der Verband kritisiert, dass durch den Förderstopp mühsam aufgebaute Bildungsstrukturen zerschlagen werden, die später nur mit deutlich höherem Aufwand wieder reaktiviert werden könnten.

• Wirtschaftsverbände kritisieren den Wegfall der Kurse, da diese die Basis für die dringend benötigte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt bilden.

• Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) bezeichnet die Kürzungen als „kurzsichtige Sparpolitik auf dem Rücken der Schwächsten“, die den sozialen Zusammenhalt gefährdet.

Integration gelingt nur über die Sprache. Lassen wir die Menschen jetzt allein hat das auch für uns weitreichende Folgen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die drohende Finanzierungslücke bei den Integrationskursen durch den Bund für das Jahr 2026 mit Sorge zur Kenntnis.

2. Die Verwaltung wird beauftragt die zusätzliche Mittel zu ermitteln und im Haushaltsplan 2026 bereitzustellen, um den Wegfall der Bundesförderung lokal zu kompensieren und ein kontinuierliches Kursangebot in Nordkirchen sicherzustellen. Die Einstellung der Mittel erfolgt vorbehaltlich eines entsprechenden Verwendungsbeschlusses durch die Politik.

3. Die Verwaltung wird gebeten die entsprechenden Fallzahlen zur nächsten FBESA-Sitzung zusammenzustellen und die zu erwartenden, finanziellen Auswirkungen auf den Gemeindehaushalt darzulegen.

4. Die Verwaltung wird gebeten, zeitnah den Bedarf mit den lokalen Kursträgern (z. B. VHS) abzustimmen, um so eine Grundlage für eine abschließende Beschlusslage zu erhalten.

Mit freundlichen Grüßen

Uta Spräner, Irmgard Akono